

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00676/2016

Informationen zum Kundenreaktionsmanagement (KRM) im Jobcenter allen Kunden zugänglich machen

Beschlüsse:

11.07.2016	Stadtvertretung
019/StV/2016	19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.
Es liegt folgender Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor:

Die Stadtvertretung möge anstelle des Originalbeschlusstextes den wie folgt geänderten Antrag beschließen:

„Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, in der Trägerversammlung des Jobcenters Schwerin darauf hinzuwirken, dass die Zahl der Beschwerden, Widersprüche, und Klagen im Zusammenhang mit Angelegenheiten des SGB II weiter verringert wird. Diesbezüglich soll sie auch noch einmal prüfen, ob dies durch die Einrichtung einer Ombudsstelle, die in strittigen Angelegenheiten vermittelnd auftreten kann und nicht der Geschäftsführung unterstellt ist, besser als bislang erreicht werden kann.“

2.
Der Antragsteller erklärt, dass er den Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE übernimmt.

3.
Der Stadtpräsident stellt sodann den Antrag in der Fassung des Ersetzungsantrages der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, in der Trägerversammlung des Jobcenters Schwerin darauf hinzuwirken, dass die Zahl der Beschwerden, Widersprüche, und Klagen im Zusammenhang mit Angelegenheiten des SGB II weiter verringert wird. Diesbezüglich soll sie auch noch einmal prüfen, ob dies durch die Einrichtung einer Ombudsstelle, die in strittigen Angelegenheiten vermittelnd auftreten kann und nicht der Geschäftsführung unterstellt ist, besser als bislang erreicht werden kann.

Beschluss:

Die Stadtvertretung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Dafürstimmen und drei Stimmenthaltungen abgelehnt